

mit den Leutchen zurecht, ein spröder Regent und Vorsteher einer Ministerrunde, deren Namen so recht keiner kennt.

Schließlich können die Genossen noch auf eine fünfte Kolonne rechnen: eine saarländische Mini-Partei, die sich „Christlich-Soziale Wähler-Union (CSWU)“ nennt und Strauß nahesteht; sie kann, so schätzen Landespolitiker, bis zu zwei Prozent holen. Getragen wird die Splittergruppe — die letzthin in Illingen 7,5 Stimmenprozente bekam — von rechtsstehenden christlichen Gewerkschaftern, betagten Anhängern des Johannes Hoffmann („Joho“) aus der Separatistenzeit und Freien Listen.

Was den Sozialdemokraten fehlt, ist wenigstens ein bißchen Konfliktstoff, mit dessen Hilfe den Christlich-Liberalen einzuheizen wäre. Es herrscht Ruhe im Lande, trotz erheblicher Strukturveränderungen in den letzten 20 Jahren. Nach 1959 sank der Anteil der Arbeitskräfte in Kohlebergbau und eisen-schaffender Industrie an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten um mehr als ein Drittel (von 56,7 auf 36,4 Prozent); in der gleichen Zeit stieg der Anteil der Beschäftigten in der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie um knapp zwei Drittel an (auf 48,1 Prozent).

Im einstigen Armenhaus der Republik herrscht unterdessen bescheidener Wohlstand. Und dagegen spricht auch nicht die relativ hohe Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent (gegenüber 3,8 Prozent im Bundesgebiet), denn an der Saar ist das Arbeitslosengeld längst noch nicht der letzte Groschen. 57 von 100 Haushaltsvorständen sind dort Eigentümer ihres Zuhauses, während auf Bundesebene nur 36 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden existieren. Und viele der amtlich Arbeitslosen haben ihren Nebenerwerb.

Wenn sich die Gemüter der Wahlberechtigten überhaupt erregen, dann etwa wegen der Frage, ob das zwischen 1738 und 1748 erbaute und 45 Jahre später zerstörte Saarbrücker Schloß nach der Vorlage des Baumeisters Johann Adam Knipper aus dem 19. Jahrhundert restauriert (SPD) oder aber nach den Barockplänen seines Erbauers Friedrich Joachim Stengel rekonstruiert werden soll (CDU/FDP).

Vielleicht ist es der Stoffmangel, der Oskar Lafontaine auf recht ungewöhnliche Einfälle und heftige verbale Ausfälle kommen ließ. Als seinen Berater präsentierte der SPD-Spitzenkandidat den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, vielen Bürgern noch gut bekannt aus freundschaftlichen Plisch-und-Plum-Tagen mit dem ehemaligen Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß zu Zeiten der Großen Koalition.

Freidemokraten wie Klumpp sind für den SPD-Spitzenmann nur mehr „schlicht und einfach Dummschwätzer“, und Klumpps Bonner Ressort- und Parteikollege Lambsdorff ist nichts weiter als ein „schwafelnder Graf“.

SPD-WAHLPROGRAMM

In Versform

Die SPD-Spitzen Helmut Schmidt und Hans-Jürgen Wischniewski bearbeiteten ein Konzept mit sozialen Reformplänen, das Herbert Wehner entworfen hatte; übrig blieb ein Torso.

Herbert Wehner ahnte, daß er mit seiner Arbeit keinen Gefallen an höherer Stelle finden würde.

Zwei Jahre lang beriet die SPD-Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ unter dem Vorsitz des Frak-

des Parteivorstandes in Stuttgart Wehners Vorschläge für eine durchgreifende Rentenreform. Drei Wochen später, im März, verhinderte der Regierungschef, diesmal mit seinem früheren Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischniewski als Schildknappe, daß Wehners Mannschaft ihre Forderungen zur Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik ins SPD-Programm drücken konnte.

In mühevoller Kleinarbeit hatten die SPD-Experten auf knapp 13 Seiten zusammengefaßt, was die Partei ihrer Meinung nach dem Wahlvolk an sozialpolitischen Segnungen versprechen sollte — von der Einführung der 35-Stunden-Woche bis zur Neuberechnung der Krankenhauspflegesätze.

Doch vom Entwurf der Wehner-Mannschaft blieb am Ende weniger als die Hälfte übrig; den kargen Rest von fünf Seiten machte Programmschreiber Wischniewski, so ein Kommissionsmitglied verbittert, „derart unkenntlich, daß er politisch nichts mehr aussagt“.



Sozialreformer Wehner, Ehrenberg: „Ihr werdet sehen, was am Ende übrigbleibt“

tionschefs über Rentenreform und Ausbau der sozialen Sicherheit. Immer wenn die fleißigen Genossen lange Papiere zusammenstellten, warnte der Onkel mit mildem Spott vor hochfliegenden Erwartungen: „Macht nur zu, ihr werdet schon sehen, was am Ende davon übrigbleibt.“

Die pessimistische Prognose erwies sich als berechtigt. Gleich zweimal zer-schlug Helmut Schmidt in den letzten Wochen alle Pläne, mit denen Wehners Kommission der Partei für die Bundestagswahl ein neues sozialpolitisches Aktionsprogramm verpassen wollte.

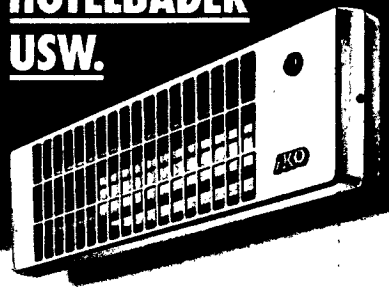
Ende Februar strich der Kanzler, von Finanzminister Hans Matthöfer tatkräftig unterstützt, auf einer Sitzung

Dabei war Wehners Arbeitsgruppe einst mit dem Anspruch angetreten, die programmatische Verkümmern der SPD zu stoppen. Auch in Zeiten gebremsten Wachstums sollte sich die Partei einen Ideen-Vorsprung auf jenem Gebiet sichern, das seit jeher ihre Stärke ausmacht: der Sozialpolitik.

Kurz vor dem Hamburger Parteitag im Herbst 1977 hatte der SPD-Vorstand Wehner mit einem dreifachen Auftrag betraut. Mit seiner Kommission sollte der alte Strategie

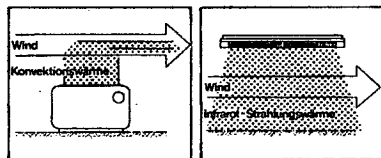
- ▷ ein Modell für die Reform der Hinterbliebenenversorgung und die Alterssicherung der Frau ausarbeiten;
- ▷ ein sozialpolitisches Aktionsprogramm für die Bundestagswahl

**WIR BEHEIZEN
ÜBERDACHTE
SITZFLÄCHEN,
ZUGIGE ARBEITS-
PLÄTZE, TRIBÜNEN,
REITHALLEN, BÄDER,
BALKONE, KIRCHEN,
TERRASSENCAFÉS,
HOTELBÄDER
USW.**



HABEN SIE EIN ÄHNLICH KNIFFLIGES HEIZPROBLEM?

AKO ist Spezialist für wirtschaftliche, energiesparende Zusatz-Heizgeräte mit sofortiger Wärmewirkung. AKO-Infrarot-Heizstrahler lassen sich auch dort einsetzen, wo herkömmliche Heizsysteme passen müssen.



AKO-Heizstrahler wirken durch die Absorption von Wärmestrahlen beim Auftreffen auf Personen und Gegenstände. AKO-Wärme kann deshalb nicht (wie z. B. herkömmliche Konvektionswärme) durch Luftzug „verblasen“ werden.

Sprechen Sie mit AKO, Europas führendem Hersteller auf dem Sektor Infrarot-Heizstrahler, wenn Sie ein besonders kniffliges Heizproblem wirtschaftlich und energiesparend lösen wollen. Fordern Sie unverbindlich Informationsmaterial an. Erhältlich auch in Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Schweiz.

AKO

AKO-WERKE
D-7964 Kisslegg im Allgäu

1980 und die darauffolgende Legislaturperiode vorlegen und

- ▷ langfristige Perspektiven für die Neuorientierung der Sozialpolitik und eine Reform des Systems der sozialen Sicherheit entwickeln.

Den ersten Teil ihres Auftrags erfüllten Wehner und seine Experten mit der Vorlage des Renten-Papiers. Zwar dankte Schmidt für die „eindrucksvolle Arbeit“, doch auf das Konzept, die Unterschiede im Versorgungsniveau zwischen Beamten, öffentlichen Bediensteten und Normal-Rentnern radikal zu verringern, mochte sich der Kanzler nicht einlassen (SPIEGEL 10/1980).

Arg blessiert, aber keineswegs entmutigt machten die Wehner-Genossen weiter. Am 3. März lieferten sie bei Parteichef Willy Brandt ihren Entwurf für den sozialpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms ab — im guten Glauben, Wischniewski werde den Katalog weitgehend unverändert übernehmen.

Sie vergaßen, daß die Richtlinien für die Wahlplattform nicht in der SPD-Zentrale, sondern im Kanzleramt ausgegeben wurden — von Schmidt und seinem Planungschef Albrecht Müller.

Das Ergebnis: Wo die Wehner-Kommission, etwa zur Gesundheitspolitik, zwei Seiten mit Detailforderungen vollschrieb, kam Wischniewski mit einer halben Seite aus; die Anregung etwa, die Arzneimittelsicherheit durch stärkere Kontrolle weiter zu erhöhen, übergang er — um nicht das schwache Arzneimittel-Gesetz der Bundesregierung zu desavouieren.

Für die Frage der Eingliederung Behindertener reichten dem Parteivize fünf Zeilen; die Sozialexperten hatten dafür eine Seite gebraucht und, unter anderem, die Berufung eines Bundesbeauftragten für Rehabilitation durch den Deutschen Bundestag vorgeschlagen.

Daß die Sozialdemokraten die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung erweitern möchten, indem sie die Versicherungspflichtgrenze (derzeit 3150 Mark) auf die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung (4200 Mark) liften wollen, wurde ebenso gestrichen wie ein Bekenntnis zur 35-Stunden-Woche: Die Forderung war, obwohl schon damals umstritten, immerhin im Europawahl-Programm der SPD noch enthalten.

Kein Wort auch verliert der Entwurf des Parteivorstandes über das Verlangen nach stärkerer Kontrolle der Leiharbeit. Im Renten-Teil begnügte sich das Autoren-Gespann Schmidt/Wischniewski mit dem Minimal-Vorsatz, Mann und Frau ab 1985 nach dem Tod eines Renten-Ehepartners gleichzustellen; über die Erziehungsrente für Witwen mit Kindern unter 16 Jahren oder die Übergangsrente für Hinterbliebene unter 45 Jahren sagt Wischniewskis ausgedünnter Spar-Text nichts.



Sozialpolitiker Glombig
„Die Qualität ist verloren“

„Für die Notwendigkeit, der Öffentlichkeit ein möglichst gerafftes Programm vorzulegen“, kommentierte Ko-Kommissar Eugen Glombig die Redigierkunst des SPD-Vize, „haben wir volles Verständnis. Aber hier geht es nicht um Kürzungen. Hier geht es darum, daß mit der Quantität auch die Qualität verlorengegangen ist.“

Selbst dort, wo die Vorschläge der Kommission in der Tendenz erhalten blieben, gelang den Parteischreibern der Dreh ins Unverbindliche. Während die Wehner-Runde sich zum Beispiel für „gezielte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für ältere Arbeitnehmer, die besonderen gesundheitlichen Gefährdungen ausgesetzt sind“, stark machte, dichtete Redakteur Wischniewski pathetisch: „Ein flexiblerer, menschlicherer Übergang aus dem Arbeitsleben in die Rente gehört zu den großen gesellschaftspolitischen Aufgaben der 80er Jahre.“

„Sozialliteratur“, spottete Helmut Rohde, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), über Sprüche wie: „Die älteren Menschen gehören mitten in unsere Gesellschaft“ oder: „Dem häufig vorhandenen Wunsch der Großeltern-Generation, stärker in das Leben der Familie einbezogen zu werden, sollte durch geeignete Wohnformen und Freizeitmöglichkeiten Rechnung getragen werden.“

Rohde: „Da sind Erkenntnistiefen drin, die sich mir bisher verschlossen haben.“ Und Glombig murrte: „Nächstes Mal können wir unsere Texte ja in Versform abliefern. Vielleicht haben sie dann mehr Chancen.“

Am Mittwoch vergangener Woche trafen sich Arbeitsminister Herbert Ehrenberg und sein Parlamentarischer Staatssekretär Hermann Buschfort im

Bonner Arbeitsministerium zu einer Krisensitzung mit den für Sozialpolitik zuständigen Vorstandsmitgliedern der DGB-Gewerkschaften. Doch niemand wußte einen Rat, wie sich der Wischnewski-Entwurf noch ändern lasse.

Eine heftige Kontroverse um das Wahlpapier auf dem SPD-Sonderparteitag Anfang Juni in Essen kann sich die Partei aus wahltaktischen Gründen schlecht leisten. Aus Furcht vor innerparteilichem Zwist hatten Wehner, Ehrenberg und seine Staatssekretäre schon in der entscheidenden Sitzung des Parteivorstands am 17. März Wischnewskis Vorlage geschluckt, ohne Widerspruch ins Protokoll zu geben.

Jetzt steht zu erwarten, daß die Sozialreformer enttäuscht das Handtuch werfen. In seinem Brief an Brandt teilte Wehner zwar noch mit, seine Arbeitsgruppe werde den dritten Teil des Auftrages — die Neuorientierung der Sozialpolitik — nach der Bundestagswahl in Angriff nehmen.

Doch seine Vertrauten wissen, daß es dazu nicht kommen wird. Nach der Wahl, so ihre Prophezeiung, werde der Altmeister seiner Gruppe nicht mehr vorstehen: „Die Parteibürokratie kann die Wehner-Kommission zu den Akten legen.“

ENTWICKLUNGSHILFE

Reiner Zufall

Bonn vergeudet, so kritisiert ein Schweizer Mediziner, Steuergelder für Empfängnisverhütung in Bangladesch.

Schon im Flugzeug nach Dacca hatte der Arzt Edwin Spirgi „ein ungutes Gefühl“, als er an seinen neuen Job dachte. In der bengalischen Region Manschigandsch wurden die bösen Ahnungen des Entwicklungshelfers aus der Schweiz zur Gewißheit.

Der Mediziner, in Diensten der bundeseigenen „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ), stieß auf ein Entwicklungsprojekt, das fern von der Praxis ausgedacht war: Spirgi sollte sich um die Geburtenkontrolle in dem asiatischen Staat kümmern, der zu den ärmsten Ländern der Erde zählt.

Schwierigkeiten gab es bereits im Gesundheitsministerium von Dacca. Spirgi solle, so bedeuteten ihm seine Gesprächspartner, die in dem Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Bangladesch versprochenen Packungen Anti-Baby-Pillen ruhig abliefern. Alles andere würde das Ministerium dann erledigen.

Der Doktor aus Basel, als Experte zahlreicher internationaler Organisationen in der Dritten Welt häufig eingesetzt und mit den Unzulänglichkeiten der bengalischen Verwaltung bestens vertraut, ließ sich jedoch auf diesen Vorschlag nicht ein.

Er werde, erklärte er den widerstrebenden Bengalen-Beamten, das Projekt selbst in die Hand nehmen — auch wenn es ihnen nicht passe. Nach acht Wochen lenkte Dacca schließlich ein und erlaubte Spirgi, in das vorgesehene Gebiet zu fahren.

Komplikationen gab es freilich nicht nur mit den Bediensteten Bangladeschs. Als sich der Beginn der Arbeit verzögerte und Spirgi die Anti-Baby-Pillen nicht gleich an die Frauen brachte, rief dies westdeutsche Pharma-Vertreter auf den Plan. „Die fielen“, erinnert sich Spirgi, „wie die Aasgeier über mich her“ — der Arzt lehnte schließlich jedes Gespräch mit den Verkäufern ab.

Bei den Gesundheitsministerialen von Bangladesch dagegen waren die



Entwicklungshelfer Spirgi
Grundsätzliche Bedenken

Kaufleute, allesamt von der westdeutschen Schering AG, mehr gelitten. Schon im Antrag für das Projekt hatte Dacca 1977 das Bonner Entwicklungshilfe-Ministerium gebeten, die Deutschen sollten 600 000 Packungen Kontrazeptiva liefern, und zwar von der Firma Schering.

Die Bonner waren prinzipiell bereit. Nur, lautete ihre Bedingung, das Projekt dürfe sich nicht auf das bloße Verteilen von Pillen beschränken. Gleichzeitig wollten die Westdeutschen die Bengalen in ihrer Bevölkerungspolitik beraten und Gesundheitszentren errichten. Gesamtkosten des Programms: 2,21 Millionen Mark.

Ordnungsgemäß schrieb die GTZ den Pillen-Vertrag auch öffentlich aus. Daß letztlich Schering, wie von Dacca gewünscht, den Zuschlag für den 217 000-Mark-Auftrag erhielt, sei, bezeugt die GTZ, „reiner Zufall“.

Das Geld hält Spirgi mittlerweile für vergeudet. Dies nicht nur, weil, wie er bald herausfand, in einem Lagerhaus von Dacca schon seit längerem „circa 15 bis 20 Millionen Pillen-Packungen der Unicef verrotten“ — seine Bedenken gegen das Projekt 77.2004.8 sind grundsätzlicher Natur.

Die Versorgung der Einheimischen mit Empfängnisverhütungsmitteln, so merkte Spirgi auf seinen Reisen durch die Region Manschigandsch, sei sinnlos, weil Kinder für die hungernden Bengalen zum Überleben wichtig sind. Nur wer viel arbeitsfähigen Nachwuchs hat, kann seine Versorgung im Alter sichern. Soll die Geburtenrate gesenkt werden, müßte zunächst die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung verbessert werden. Lediglich 15 Prozent aller von Spirgi angesprochenen Frauen waren überhaupt bereit, empfängnisverhütende Mittel zu benutzen.

Gesundheitszentren, wie Bonn sie vorsehe, in denen die Familien ausführlich beraten werden, seien daher, so der Mediziner, kaum sinnvoll — zumal die wenigen bereits existierenden „unorganisiert und nicht funktionstüchtig“ seien und mithin kaum auf Resonanz stießen.

Anstatt dubiose Gesundheitsprogramme der Regierung von Bangladesch zu finanzieren, forderte der Arzt, solle Bonn das Geld lieber einheimischen Entwicklungshilfe-Organisationen zur Verfügung stellen, die sich bemühten, die Ursachen der Unterentwicklung zu beseitigen: mit Kursen für Analphabeten etwa oder durch Beratung der Bauern.

Nach mehrwöchigem Trip durch die bengalische Provinz stoppte Spirgi das Bonner Projekt und schrieb einen Bericht an seine Arbeitgeber, der zur bitteren Anklage gegen die herkömmliche Entwicklungshilfe geriet.

Sein Fazit: „Es ist schiere Perversion, weiter in diese Programme zu investieren, die nicht dazu beitragen, die Strukturen für die Mehrheit der unterdrückten und ausgebeuteten Bauern und Frauen ... zu verändern.“

Der Schering AG, so Spirgi weiter, gehe es vor allem um das „große Geschäft“. Die Absicht der Firma „war offensichtlich: den gigantischen ‚Fruchtbarkeits-Markt‘ mit ihren pharmazeutischen Produkten zu sättigen“.

Die GTZ indes mochte ihrem Mann in Dacca nicht folgen: Die Expertise enthalte teilweise falsche Zahlenangaben und sei überdies streckenweise „utopisch“.

Und mit Spirgis Konzeption konnten sich die GTZ-Leute schon gar nicht anfreunden. Abteilungsleiter Rolf Korte: „Die Alternative hieße, überhaupt kein Geburtenkontrollprogramm durchzuführen.“

Spirgi sieht das ganz anders. Er hat den mit 7000 Mark monatlich dotierten Job inzwischen gekündigt. ◆